

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1950-1950 1950**

4 (5.1.1950)

# UNSER TAG

Aus dem Inhalt:

Hüter des Friedens  
Asien im Kampf um seine  
Unabhängigkeit  
Ein wenig zu plump  
Weitere Abwertungswelle  
in Sicht

Verlag: Südwest-Verlag GmbH, Offenburg, Schließfach 361, Fern-  
ruf Nr. 2207, Redaktion: Freiburg, Vaubanstr. 12, Fernruf Nr. 2249.  
Chefredakteur: Hermann Jerrentrup, Vertriebsstellen: Rastatt,  
Kaiserstr. 1, Offenburg, Friedrichstr. 36, Konstanz, Hussenstr. 49,  
Lörrach, Feldbergstr. 7, Freiburg, Vaubanstr. 12.

Volkszeitung  
für  
Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM. 2,50 einschl.  
Trägerlohn. Bei Postzustellung DM. 2,05, zuz. DM. — 54 Zustellgebühr, Bank-  
verb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm.,  
Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe  
Anzeigenpreisliste. 8. Anzeigen werden entgegengekommen in allen Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 4

Donnerstag, 5. Januar 1950

Preis 15 Pf.

## Atlantikfront entscheidet sich für Hitler-Strategie

Das Rhein-Ruhr-Gebiet rüstet zu den internationalen Friedenskundgebungen am 7. und 8. Januar  
„Wenn wir nicht wollen, gibt es keinen Krieg“

Düsseldorf. (EB) Die Bedeutung der internationalen Friedenskundgebungen gegen Ruhrstund und Remilitarisierung, die am 7. und 8. Januar in Düsseldorf, Essen und Dortmund stattfinden, ist durch alarmierende Pressemeldungen unterstrichen worden. Danach soll von den Generalsüßern der Westmächte eine neue „Atlantikpakt-Strategie“ ausgearbeitet worden sein, die auf dem Entschluß basiert, „im Falle eines Krieges“ sofort mit offensiven Operationen auf dem Lande und in der Luft zu beginnen, um so schnell und so weit wie möglich nach Osten vorzustoßen.

Das Sprachrohr der britischen Militärregierung läßt sich dazu aus Den Haag berichten, Regierungsbeamte hätten erklärt, „Verteidigungslinien“ gehörten der Vergangenheit an. Es gelte daher, von Anfang an durch eine offensive Kriegsführung ein größtmögliches Vorfeld für die Durchführung der späteren Operationen zu besetzen. Die militärischen Pläne der Westunion, so berichtet „Die Welt“ weiter, hätten ein viel entscheidenderes und mehr ins Detail gehendes Stadium erreicht, als gemeinhin angenommen würde.

Für jeden einsichtigen Menschen liegt klar vor Augen, daß die Sowjetunion eine unerbittliche Friedenspolitik betreibt und gar nicht daran denkt, einen Angriffskrieg zu führen. Ihre unbesiegbare Kraft wächst mit jedem Tage, den sie und die volksdemokratischen Länder dem friedlichen sozialistischen Aufbau widmen können. Die Annahme eines „sozialistischen Angriffs“ bedeutet daher nichts als eine schlechte Tarnung der Offensivpläne der imperialistischen Aggressoren. Es zeigt nicht nur ihre völlige Gefährlichkeit, wenn sie nach all den Debatten, ob Rhein oder Elbe in einem Krieg gegen die Sowjetunion Hauptverteidigungslinie sein sollen, sich heute umzumwenden für die Kriegsstrategie Adolf Hitlers erklären. Ihre Pläne könnten den Hirnen geistloser Kriegsverbrecher und Nazigenerale entspringen sein, von denen bekannt ist, daß sie ihre „Erfahrungen“ im Angriffskrieg gegen den Osten freigeigzig zur Verfügung stellen.

gung stellen. Aus dem furchtbaren Zusammenbruch, den die Sowjetarmee im letzten Krieg diesen Strategen bereitet hat, und der sich in einem neuen Krieg in noch weit größerem Ausmaß wiederholen würde, haben sie nicht die geringsten Lehren gezogen.

Sie machen ihre Rechnungen jedoch ohne die westdeutsche Bevölkerung, die sich gegen alle entschlossen zur Wehr setzt, die Deutschland erneut in einen Kriegsschauplatz verwandeln und die deutsche Bevölkerung dabei als Prellbock und Kanonenfutter mißbrauchen wollen. „Wenn wir nicht wollen, gibt es keinen Krieg“. Von diesem Bewußtsein muß jeder Deutsche durchdrungen sein. Die internationalen Kundgebungen im Herzen des Rhein-Ruhr-Gebietes müssen Zeugnis geben von dem entschlossenen Willen des werktätigen Volkes, alle Kriegspläne der Imperialisten zum Scheitern zu verdammen.

### „Generalstäblerverein“ und ein Dementi

Ein Sprecher der alliierten Hohen Kommission dementierte in Bonn Meldungen über

den Neuaufbau einer deutschen Wehrmacht, der angeblich von ehemaligen Generalstabsoffizieren mit Wissen der Bundesregierung unter westlichen Alliierten vorbereitet werde. Das Zusammentreffen ehemaliger Wehrmachtsoffiziere könne, wie der Sprecher sagte, wahr sein. Nach der Ansicht der alliierten Hohen Kommission bedeute es aber nicht, daß der „Keim zu militärischen Organisationen“ gelegt werde.

Die alliierte Hohe Kommission dementiert gleichzeitig die in den ausländischen Agen-

turmeldungen enthaltene Behauptung, daß auf alliierter Seite ein Programm für einen künftigen Aufmarsch gegen den Osten bestehe.

Wenn wir nach den Dementis gehen, dann gibt es keine Aggressionspläne im Westen. Nur kann uns nicht erklärt werden, warum es einen Atlantik-Pakt, warum es Waffenlieferungen und warum es Riesenausgaben für Kriegsrüstungen in den Haushalten der westlichen Ländern gibt. Man hat die Erfahrung gemacht, daß Dementis gerade das unterstreichen, was sie bestritten sollen.

## Hat Daimler-Benz-Direktion noch nicht genug?

Ein unerhörter Vorschlag — Die Arbeiter und ihre Vertreter bestehen auf Zahlung der Streiktage

Mannheim. (E. B.) Gestern wurden zwischen dem Betriebsrat von Daimler-Benz, der Industriegewerkschaft Metall und der Direktion des Mannheimer Werkes sowie dem Vertreter des Industriellenverbandes, Syndikus Neef, Verhandlungen über die Bezahlung des durch den zweitägigen Streik entstandenen Lohnausfall geführt. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Die Arbeiter verlangen, da der Streik durch den Bruch der Betriebsvereinbarungen durch die Direktion verursacht wurde, die volle Bezahlung des Verdienstaufschlages. Der Vertreter der Industriellenorganisation hatte den Vorschlag gemacht, daß die Arbeiter in

Ueberstunden die ausgefallene Arbeitszeit nachholen und vorerst in der Höhe des fehlenden Lohnes bevorschusst werden sollen. Dieser Vorschlag wurde rundweg vom Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretern verworfen. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Die Daimler-Benz-Direktion wie die Industriellenorganisation dürften sich wohl im klaren sein, daß der von ihnen gemachte Vorschlag auf die Daimler-Benz-Arbeiter wie eine erneute Provokation wirkt. Wir glauben, daß sie mit dem Feuer spielen, denn sollten sie auf ihrem Vorschlag beharren, dürfte zweifellos die Frage eines erneuten Streikes für die Daimler-Benz-Arbeiter stehen.

## Neue Selbsthilffaktionen Landhungeriger in Italien

Diesmal in der Po-Ebene

Modena. (nach dpa) Hunderte von besitzlosen italienischen Landarbeitern teilten am Montag in der Provinz Modena am Südrand der Po-Ebene gut bestellten Grundbesitz unter sich auf. Um die Polizei am Eingreifen zu verhindern, führten sie die Landreform in weit auseinanderliegenden Gebieten durch. Die Polizei, die gegen Landarbeiter vorging, verhaftete unter den verschiedenen Gruppen jeweils zwanzig der Landhungerigen. Bisher war vor allem in Süd- und Mittelitalien unbestellter Grundbesitz, der vielfach nur als Jagdrevier diente, von Landhungerigen gewaltsam besetzt worden.

Zehntausende von Negern werden jährlich in Angola zwangsrekrutiert und zur Arbeit auf die Zucker- und Kakaoplantagen getrieben; viele von ihnen sehen die Heimat niemals wieder. Auch in Mozambique heben die portugiesischen Kolonialbehörden zahlreiche Arbeitskräfte aus und exportieren sie in die Gold- und Kohlenruben der Südafrikanischen Union. Die südafrikanische Regierung zahlt für jeden Arbeiter eine Prämie. Portugal hat bezeichnenderweise bisher keines der internationalen Abkommen gegen Zwangs- oder Sklavenarbeit unterzeichnet.

Wafd-Partei führt in ägyptischen Wahlen

Kairo. Die amtlichen Ergebnisse der ägyptischen Wahlen zeigten in der vergangenen Nacht, daß die Wafd-Partei eindeutig in der Führung steht. Die Wafdisten sollen überall in den großen Städten, wie Kairo, Alexandria und Ismailia, die weitaus meisten Stimmen auf sich vereinen haben. Nach noch unvollständigen Ergebnissen, erhielt die Wafd-Partei bisher 42 Sitze, die Liberalen 4, die Partei der arabischen Großgrundbesitzer 2, und die auf dem äußersten rechten Flügel stehenden Nationalisten 3 Sitze. Die linksbürgerliche Wafd-Partei war in der Regierung, als die deutschen Armeen im Jahre 1942 vor den Toren Ägyptens standen, und führte damals einen entschlossenen Kampf gegen die Aggressionspläne Hitlers und Mussolinis.

Mit Tränengas gegen Demonstranten

Kalkutta. Im Laufe der vergangenen Woche ist es wiederholt in Kalkutta zu Zusammenstößen der Polizei und kommunistischen Demonstranten gekommen. Die Polizei versuchte mit Tränengas einen Demonstrationszug zu zerstreuen. Bei den Zusammenstößen fanden drei Menschen den Tod und eine größere Anzahl der Demonstranten wie der Polizei wurden verletzt.

## Bankrott der westdeutschen Bundesbahnen

Fehlbetrag von 410 Millionen D-Mark

Trotz dieses gewaltigen Defizits bei der Reichsbahn mußten die Eisenbahnen in der Bizone jährlich 174 Millionen DM für die Verwaltung der Bizone aufbringen. Diesen Betrag übernahm dann automatisch die Regierung des westdeutschen Staates. Die Bank deutscher Länder aber erklärte die Reichsbahn für kreditunwürdig und verlangte, daß mindestens 40 000 Eisenbahnarbeiter und -angestellte zur Entlassung kommen müßten, um die Kreditwürdigkeit wieder herzustellen. Die Hauptverwaltung hat dieser Forderung der Bank deutscher Länder entsprochen und nach der Währungsreform mehr als 85 000 Eisenbahner entlassen, zahlreiche Rückstellungen von Handwerker- und Angestellten zu, Arbeitern vorgenommen, ohne daß Einsparungen gemacht werden konnten.

Während im Jahre 1948 ein Verlust in Höhe von 82,2 Millionen DM errechnet wurde, waren es 1949 bereits 103 Millionen DM. 1948 wurden die 174 Millionen DM noch prompt gezahlt. Seit 1. Juni 1949 ist die westdeutsche Eisenbahn nicht mehr in der Lage, die Jahresabgabe von 174 Millionen DM an die Bonner Regierung sowie die Verzinsung der Aus-

gleichforderungen der Bank deutscher Länder zu zahlen. Der Versuch der Hauptverwaltung, das Fiasko der Eisenbahn auf die Konkurrenz Schiene-Straße zurückzuführen, ist abwegig. Eine Senkung der Tarife, die Gewährleistung der Sicherheit durch Inangriffnahme von Arbeiten zur Beseitigung aller Gefahrenstellen würden das Vertrauensverhältnis zur Bahn wieder herstellen. Mit Entlassungskampagnen und Rückstellungen wird das Gegenteil erreicht. Neue Selbsthilffaktionen Landhungeriger in Italien

Madrid. Obwohl Streiks in Spanien gesetzlich verboten sind, stellten die viertausend Madrider Taxifahrer am Montagabend als Protest gegen die Aufhebung ihrer verbilligten Benzinpreise die Fahrten ein. Die Taxifahrer zahlten bisher für das Benzin zwei Peseten weniger als die übrigen Kraftfahrer. Außerdem protestieren sie mit ihrem Streik gegen die Herabsetzung ihrer Monatszahlung von 210 auf 160 Liter Treibstoff. (nach Reuter)

### Kältewelle in den Vereinigten Staaten

Denver (Colorado). Eine starke Kältewelle hat die Staaten Colorado und Montana in den USA heimgesucht. Die Kälte ist so groß, daß das Quecksilber in den Thermometern gefriert und nur noch Alkoholthermometer gebrauchsfähig sind. Die niedrigste Temperatur wurde in Chester im Staats Montana gemessen, wo das Thermometer 45 Grad Celsius unter Null zeigte. (Nach alp.)

### Sibirische Temperatur

Moskau. (dpa) In Sibirien ist die Temperatur auf 44 Grad unter Null gesunken. In Moskau zeigte das Thermometer 22 Kältegrade.

## Im Streiflicht gesehen

### Der Kirchturm wackelt

Bamberg. (dpa) Schwere Sorgen bereitet den Gemeinderatsmitgliedern von Steinsfeld im Landkreis Haßfurt der Kirchturm ihres Ortes, der bei jedem Geläut gefährlich zu schwanken beginnt. Die beiden Glocken sind für den Holzturm zu schwer. Die Gemeinde hat jedoch weder die Mittel, einen massiven Turm zu bauen, noch ein elektrisches Geläut zu beschaffen.

Der Gemeinderat kam am Montag zu dem Ergebnis, daß man sich vorerst mit dem schwankenden Kirchturm abfinden müsse.

### Indonesische Aufständische im Angriff

Djakarta. (Batavia) Zwei Kampfgruppen der indonesischen Freiheitskämpfer in Stärke von je 1000 Mann griffen Stützpunkte der indonesischen Regierungstruppen an und besetzten zeitweilig die Regierungsgebäude und das Postamt von Brebes in Nordjava. (Nach Reuter)

### Schaden, durch Minen verursacht

Bremen. (dpa) 48 Schiffe gingen seit dem Abschluß der Feindseligkeiten von 1945 bis Ende 1949 durch Minenschaden verloren. 126 Schiffe wurden beschädigt.

### Agrarbiologische Versuchsstation

Berlin. (VWD) Eine agrarbiologische Versuchsstation der Deutschen Demokratischen Republik wird in Marquardt bei Potsdam eingerichtet. Die Station soll den deutschen Bauern Arbeitsmethoden der Landwirtschaft in der Sowjetunion vermitteln. Wie ADN berichtet, ist Leiter der Versuchsstation Dr. Henß, der längere Zeit in Mexiko die Züchtung von Heil- und Nutzpflanzen erforscht hat.

### „Erpressung und Korruption flogen mit ihnen davon“

„Man muß bei den Kommunisten Eigenschaften anerkennen, die man in China nicht mehr zu erleben glaubte: Ehrlichkeit, den Sinn für das Gemeinwohl, Aufmerksamkeit für das Wohlergehen des Volkes.“

Die letzten Mandarine sind tatsächlich mit Tschiang Kai-Schek verschwunden. Die Beamten Tschiang Kai-Scheks flogen in der großen Panik vor der Einnahme der Stadt nach Hongkong mit ihren Goldbarren davon. Mit ihnen flogen Erpressung und Korruption davon. „Le Monde“, Paris

### Ins Gefängnis eingebrochen.

Tokio. Ein waghalsiger japanischer Dieb verübte einen Einbruch in dem Gefängnis von Potschi auf der Insel Schikoku und erbeutete Kleidungsstücke sowie 2500 Zigaretten, die für die Gefängnisinsassen bestimmt waren.

Die Polizei von Kotschi teilte dazu mit, daß der Dieb mit Hilfe einer Leiter über die Gefängnismauer geklettert sei und auch den gleichen Weg ins Freie genommen habe. (nach Reuter)

### Feldpostbrief brauchte 33 Jahre.

Venedig. Nach 33 Jahren erhielt am Montag ein Familienvater in Venedig die Geburtsanzeige seines im zweiten Weltkrieg gefallenen Sohnes, die ihm seine Frau 1916 an die österreichische Front geschickt hatte. Der Feldpostbrief hatte damals den frischgebackenen Vater nicht mehr erreicht, weil er in Gefangenschaft geraten war. Der Brief folgte ihm dann durch mehrere Nachfolgestaaten der Donaunarchie und überstand in verstaubten Postfächern auch die Wirren des zweiten Weltkrieges. Mit dem Vermerk „Zurück an Absender. Adressat nicht zu ermitteln“ traf die Geburtsanzeige wieder in Venedig ein. (nach alp)

### Bergwerksexplosion in der Steiermark.

Wien. Ein schweres Bergwerksglück ereignete sich am Dienstag in einer Kohlengrube in Fohndorf in der Nähe von Granz, bei dem nach den bisherigen Feststellungen sechs Bergleute ums Leben kamen und acht weitere verletzt wurden. Das Unglück wurde durch schlagende Wetter verursacht. Alle anderen durch die Explosion abgeschnittenen Bergleute wurden gerettet. (nach BBC)

### Für enge Zusammenarbeit

der deutschen und der holländischen Friedenskräfte

In der Entschliessung, die auf der Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Niederlande in Amsterdam am 24. Dezember 1949 angenommen wurde, heisst es:

„Nicht allein die Kraft der Sowjetunion und der Volksdemokratien ist gewaltig gestiegen, auch das riesige China hat sich der Front der friedliebenden Völker angeschlossen. In Europa wurde ein neuer Staat geschaffen, die Deutsche Demokratische Republik.“

Die Parteikonferenz begrüsst dies mit großer Freude. Sie ist überzeugt von der Wahrheit und dem historischen Gewicht der Worte Stalins.

„daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knachtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

Die Kommunistische Partei der Niederlande führte den Kampf gegen den deutschen Faschismus, aber nicht gegen das deutsche Volk. Es liegt in dem alles beherrschenden Interesse an der Verteidigung des Friedens, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den friedliebenden Kräften der Niederlande und Deutschland zustande kommt, vor allem mit dem Ziel, die Reste des Hitlerismus in Westdeutschland und seine Ausläufer in den Niederlanden auszurotten.

Die Kommunistische Partei der Niederlande hält es im Interesse einer friedlichen Entwicklung und des Fortschrittes für notwendig, daß die Deutsche Demokratische Republik zum östlichen Nachbarn unseres Landes wird.“

Die Kommunistische Partei der Niederlande hat den Abgeordneten Genossen Jan Haken beauftragt, auf den Großkundgebungen der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen das Ruhrstatut in Düsseldorf am 7. Januar und in Essen und Dortmund am 8. Januar das Wort zu ergreifen.

### Gute Wünsche selbst erfüllen

An den offiziellen Neujahrswünschen hat es noch nie gelegen, wenn ein übliches Jahr anbrach. In ihrer Mehrzahl sind sie billig und völlig unverbindlich. Aber es gibt Ausnahmen. Zu diesen Ausnahmen zählt an diesem Jahreswechsel auch die Ansprache von Trygve Lie, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen. Er sagte: „Arbeitet für den Frieden und ihr werdet ihn erlangen.“ Das ist ein sehr wahres Wort, arbeiten und kämpfen muß man um den Frieden, und sich nicht einschläfern lassen durch schöne Worte, womit sich die Kriegstreiber vor Störungen sichern wollen.

Der Baseler Vorwärts zitiert die Ausführungen westlicher Zeitschriften über die militärischen Pläne der Vereinigten Staaten die in ihrer alarmierenden Wirkung alle bisher bekannt gewordenen überbieten. Die Pariser Zeitung „France Hebdo“ bringt in ihrer Nummer 239 einen Artikel von Joan Rovers und eines „Obersten XXX“ vom westlichen Generalstab, in dem die militärischen Pläne des Chefs der amerikanischen Generalstabe General Bradley entwickelt werden. In diesem Artikel wird — durch eine Kartenskizze illustriert — unverblümt ausgesprochen, daß der Krieg, auf den sich die USA vorbereiten, ein Angriffskrieg gegen die Sowjetunion sein soll. Ueber den Offensivplan Bradleys wird unter anderem wörtlich ausgeführt:

„Während das nordische Armeekorps gegen Murmansk und Finnland vorgeht, stößt der in Dänemark und der Gegend von Kiel stationierte linke Flügel in Richtung Stettin, baltische Länder und Leningrad vor. Die Hauptmacht des europäischen Truppen bricht nach Warschau, Smolensk und Moskau durch. Die türkische Armee stößt gegen Odessa und die Ukraine vor.“

So muß man also den Artikel verstehen, den „Die Welt“ am Montag, dem 2. Januar veröffentlichte und in dem von dem „strategischen Hauptplan der Atlantikpakt-Mächte“ gesprochen wird, der im nächsten Monat in Paris ratifiziert werden „muß“ und dem der Entschluß zu Grunde liegt, „daß im Falle eines Krieges sofort offensive Operationen auf dem Lande und in der Luft begonnen werden sollen.“

„Wie man von Regierungsbeamten in den Haag erfährt, geht der Plan davon aus, daß „Verteidigungslinien“ der Vergangenheit angehören und daß der einzig gangbare Weg zur Verteidigung Westeuropas im Falle eines Angriffes darin liegt, „so schnell und so weit wie möglich nach Osten vorzudringen.“

Damit ist der Sinn des Besuches enthüllt, den der amerikanische Verteidigungsminister Johnson mit den amerikanischen Stabschefs Europa abstatete. Man hat einen offensiven „Verteidigungsplan“ beschlossen. Inzwischen wird bekannt, daß die Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte Anfang Februar eine „Besichtigungsfahrt“ nach Hawal und Japan antreten. Wer diese Vorgänge unvoreingenommen prüft, kann der Sowjetunion nicht das Recht absprechen, an dieser Tätigkeit amerikanischer Generalstaber eine Einkreisung der Sowjetunion mit dem Ziel eines Krieges zu erkennen. Wie AP meldet, sollen amerikanische Stützpunkte auf den Inseln Formosa, in Indochina, Burma, Indonesien und den Philippinen geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang interessiert auch noch die dpa-Meldung aus Washington, wonach der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des USA-Senats, Tom Connally

„... die Entsendung eines USA-Botschafters nach Madrid forderte, ohne die Aufhebung des UNO-Beschlusses vom Jahre 1946 abzuwarten. Er hob die große strategische Bedeutung Spaniens und der Pyrenäen hervor.“

(Lübecker Freie Presse, 30. Dez. 1949)

Keine „optimistischen“ Neujahrswünsche

## Asien im Kampf um seine Unabhängigkeit

### I. Unsichere Formosa-Politik

Die restlose Liquidierung des Kuomintang-Regimes auf dem chinesischen Festland durch die chinesische Volksbefreiungsarmee und der damit im engsten Zusammenhang stehende stürmische Aufschwung der Befreiungsbewegung in den angrenzenden Gebieten zwang die fremden Mächte in Asien dazu, in aller Eile überstürzte Maßnahmen zu treffen, um zu retten, was für sie noch zu retten ist.

Präsident Truman forderte seine höchsten militärischen Ratgeber dazu auf, „geschäftig zu werden und eine „positive Politik“ in Bezug auf Asien zu entwickeln, damit seine Regierung bei der kommenden Kongreß-Sitzung von den Kritikern nicht beschuldigt werden kann, „keine Politik“ zu haben.“ (New York Herald Tribune, 30. 12. 1949)

General McArthur, der amerikanische Oberbefehlshaber in Japan, beehrte sich hierauf, dem amerikanischen Verteidigungsrat seine Auffassung zu unterbreiten, daß

die USA trotz der traurigen Erfahrungen, die sie mit Tschiang Kai-Scheck machten, den chinesischen Nationalisten helfen müßten, die Insel Formosa zu halten. Der Verlust der 150 km vom chinesischen Festland entfernten Insel sei „undenkbar“, weil er die amerikanische Lebenslinie der Inselstützpunkte von Japan über Okinawa bis zu den Philippinen gefährden würde und das an seinem Rechtsanspruch festhält, das die USA bis zu den Marianen, den Hawaii-Inseln und zur Pazifischen Küste (woh“n sie auf Grund der geographischen Verhältnisse gehören) zurückdrängen könnte.

Doch über diesen Fian McArthur besteht offensichtlich innerhalb des amerikanischen Verteidigungsrates noch keine einheitliche Auffassung. Einige maßgebliche Leute im amerikanischen Außenministerium sollen nach einer Meldung der „New York Herald Tribune“ vom 31. Dezember 1949

„darauf vorbereitet sein, den Verlust Formosas hinzunehmen, da der Verteidi-

gungsausschuß Formosa nicht als lebenswichtig für die amerikanische Verteidigung bezeichnete.“

Auf eine starke Spannung in dieser Frage läßt auch die Tatsache schließen, daß der Verteidigungsminister Johnson selbst auf der Sitzung, auf der die Frage Formosa behandelt wurde, nicht anwesend war und sich, wie sein eigenes Ministerium bekanntgab, „irgendwo in Florida“ aufhielt, so daß sich Präsident Truman, ebenfalls laut „New York Herald Tribune“ vom 31. Dezember 1949, gezwungen sah, Gerüchte zu dementieren, daß Johnson zurücktreten wolle.

Wenn die Amerikaner den Plan McArthur auf Entsendung einer Militärmis-sion nach Formosa annehmen oder gar den Wünschen Tschiang Kai-Schecks nachgeben würden, der für Formosa einen amerikanischen General im Range Eisenhowers oder General Wedemeyers als Oberkommandierenden forderte, würden sie nicht nur das

volksdemokratische China herausfordern, von den Japanern im Jahre 1895 geraubte Formosa gemäß den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens wieder an China zurückzugeben. Sie würden sich darüber hinaus in einen Gegensatz zu ihrem britischen Partner setzen, der sich bereits darüber beschwerte, in dieser wichtigen Frage nicht gefragt worden zu sein. Wie wiederum die „New York Herald Tribune“ vom 31. Dezember 1949 zu melden weiß, sind britische Beamte über die Formosa-Pläne der USA „offen bestürzt und etwas geängstigt“. Ein Teil befürchtet sie, daß dieses Vorgehen der Amerikaner ihre Bemühungen, mit Volkschina Handel zu treiben, und ihre 300 Millionen £ betragenden Handelsinteressen wahrzunehmen (die der USA betragen nur 100 Millionen £), stören könnte. Andererseits stellen sie mit Schrecken fest, daß sich die USA in erster Linie um ihre eigenen unmittelbaren strategischen Interessen kümmern und

„sich die amerikanische Politik hauptsächlich auf das chinesische Problem konzentriert hat, während die britische Politik auf ganz Südostasien gerichtet ist, wo die britischen Interessen tief und weitverbreitet sind.“

Diese Kontroverse zeigt, daß die Interessen der einzelnen imperialistischen Gruppen und Mächte trotz ihres gemeinsamen Hasses gegen das volksdemokratische China und die um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölker nicht so leicht unter einen Hut gebracht werden können. Die Stärke der Volkskräfte, vor allem die Realität, die das unabhängige China mit seinen 475 Millionen Menschen geworden ist, hat diese unter der Oberfläche schwelenden Gegensätze ans Tageslicht gebracht. (wird fortgesetzt) E. U.

## Weitere Abwertungswelle in Sicht

Angst der Kapitalisten vor der krisenfreien Sowjetwirtschaft

Düsseldorf. (Eig. Ber., nach dpa, nach AP) Mit einem zunehmenden Wirtschaftswachstum und Währungskrieg der kapitalistischen Staaten untereinander rechnen führende amerikanische Wirtschaftsexperten. Trotzdem soll der naturgegebene Handel Westeuropas und Westdeutschlands mit den Ländern des Ostens nach wie vor sabotiert werden.

So behauptet z. B. der Korrespondent der Associated Press, Richard O'Regan, daß die Sowjetunion eine neue Aktion gestartet habe, um Westdeutschland für sich zu gewinnen. Die Sowjetunion beabsichtige, der westdeutschen Industrie eine fünfzigprozentige Ausfuhrquote zu bieten. Eiligeres Angebot könne für die Westalliierten katastrophale Folgen haben.

In Wirklichkeit sind es die eigenen, ihrem kapitalistischen System innewohnenden Widersprüche, die zu solchen katastrophalen Folgen führen. Der Präsident des amerikanischen Betriebswirtschaftlichen Instituts, Jackson Martindell, erklärte nach seiner Rückkehr, daß in England die Angst vor der deutschen und französischen Konkurrenz ständig wachse und daß in zahlreichen europäischen Ländern ein regelrechter Währungskrieg ausgebrochen sei. Martindell fügte hinzu, daß nach seiner Meinung in Kürze eine weitere Abwertungswelle über Europa hinweggehen werde.

Daß es sich bei dieser Erklärung nicht nur um eine Vermutung handelt, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß einige Gläubiger Großbritanniens bereits jetzt kurz nach der Abwertung ihres Sterling Guthabens unter Pari verkauft, um sich Dollardevisen zu beschaffen. Während der offizielle Umrechnungskurs 2,80 Dollar für ein Pfund Sterling beträgt, wird das Pfund Sterling bereits zu 2,40 Dollar gehandelt.

Auch der Marshallplan-Administrator Hoffman, ist mit der Entwicklung in West-

europa nicht zufrieden. Er fordert von den wechselseitig im Wirtschaftskrieg befindlichen Ländern, daß sie sich im amerikanischen Interesse möglichst bald wirtschaftlich zusammenschließen und macht davon die Hergabe weiterer Marshallplangelder abhängig. Auch will die Marshallplan-Verwaltung in Zukunft auf die Verwendung der Marshallplan-Gegenwerte in den einzelnen Ländern entscheidenden Einfluß nehmen.

Die Kohlenförderung in den Vereinigten Staaten ist im vergangenen Jahre um 28 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang ist nicht nur auf die Ausfälle durch Streiks, sondern auch auf das Absinken der amerikanischen Kohlenexporte zurückzuführen. Der Rückgang bei der Erzeugung von Erdöl-Kraftstoffen beträgt 8 Prozent.

Der amerikanische Landwirtschaftsminister hat die amerikanischen Farmer aufgefordert, die Maisanbaufläche im Jahre 1950 um 12,9 Prozent zu verringern, da bereits jetzt ein Uebervorrat von 927 Millionen Bushel vorhanden sei.

Die Zahl der belgischen Werftarbeiter ging im Jahre 1949 von 17 000 auf 11 700 zurück. Auch in der britischen Schiffbauindustrie ist die Konjunktur zu Ende. Diese Feststellung machte der Präsident der britischen Schiffbauvereinigungen.

New York. (ap) Angesichts des starken Auftragsrückganges bei britischen Werften und denen anderer europäischer Länder, sei es eine „Ironie“, die deutschen und japanischen Werften mit dem Geld amerikanischer Steuerzahler wiederaufzubauen, erklärte der Präsident des Rates der Schiffbauern in Amerika, H. Gerrish Smith, am Sonntag.

Düsseldorf. (nach dpa) Der britische Leiter der Vereinigten Kohlenkontrollgruppe in Essen, Mr. H. E. Collins, und der

britische Finanzberater der Gruppe, Mr. H. W. Hembry, scheiden aus der Vereinigten Kohlenkontrollgruppe aus. Die Ernennung von Nachfolgern wird in Kürze erfolgen.

### Niemöller distanziert sich

Wiesbaden. Eine Intervention für den ehemaligen Gauleiter und Massenmörder Koch, der an die polnische Regierung zur Aburteilung für seine in Polen verübten Kriegsverbrechen ausgeliefert werden soll, lehnte Pastor Niemöller ab, mit der Begründung, man habe bisher mit den Kriegsverbrechern nur schlechte Erfahrungen gemacht und er könne aus der Freude von Bundespräsident Heuß über die am Jahresende erfolgte Freilassung einiger in Landsberg inhaftierter Kriegsverbrecher nicht teilen, besonders da hierbei wahrscheinlich politische Motive mitgespielt hätten.

### Besser als in Flüchtlingslagern

Berlin. Berliner Geistliche, die während der Weihnachtsfeiertage in den Internierungslagern der Deutschen Demokratischen Republik predigten, haben wie dpa meldet, den Eindruck einer menschlichen Unterbringung gewonnen. Propst Grüber, der Bischof Bibellius ins Lager Sachsenhausen begleitete, betonte, die Menschen standen gut angezogen, gepflegt und normal ernährt, in zwangloser Unterhaltung herum. Es sei ein unverzeihliches Unrecht, die Internierungslager mit den KZ's Hitlers in einem Atemzug zu nennen. Was die Unterbringung, Verpflegung und die sanitären Einrichtungen angehe, so übertrafe diese viele der Flüchtlingslager in den Westzonen, die er gesehen habe.

### Neues Stahlwerk in Sachsen

Dresden. (EB) Die neuerrichtete Stahlformgießerei „Georg Schwarz“ in Obersdorf bei Zittau verfügt über zwei Kuppelöfen und zwei Bessemerbirnen, die von der volkseigenen Industrie des Landes hergestellt wurden. Die neue Stahlformgießerei wird den Bedarf der ostsächsischen Industriebetriebe an Stahlformgütern decken. Am 1. Mai nächsten Jahres wird der zweite Bauabschnitt des Stahlwerkes fertiggestellt, und die Stahlformgießerei damit ihre Produktion auf das Achtfache erhöhen. Außerdem wird ein Elektro-Schmelzofen aufgestellt, der die Anfertigung von rostfreien Edeltählen für die Werkzeugherstellung ermöglicht.

„Der Stahl, der hier heute zum ersten Male fließt, wird nicht imperialistischen Kriegszwecken dienen, sondern für den friedlichen Aufbau und die Festigung des demokratischen Lagers der Welt verwendet“, erklärte der sächsische Wirtschaftsminister Ziller. Der Präsident der Volkskammer, Johannes Diekmann, beglückwünschte die Arbeiter der neuen volkseigenen Gießerei zu ihren Erfolgen.

### Neuer polnischer Protest in Paris

Warschau. Die polnische Regierung hat sich in einer neuen Note in Paris über mangelnde Sicherheit der polnischen Regierungsvertreter in Frankreich beschwert, wie die polnische Nachrichtenagentur bekannt gab. Diese Note folgt den Verhandlungen und Ausweisungen polnischer Bürger aus Frankreich, die seit November vorigen Jahres durch die französische Regierung systematisch betrieben wurde. Die französische Regierung wird in der Note weiter beschuldigt, antidemokratische polnische Emigranten-Organisationen zu unterstützen und polnische Diplomaten und Konsularbeamte wiederrechtlich verhaftet zu haben. Die französische Regierung wird aufgefordert, der Unterstützung anti-polnischer Elemente in Frankreich ein Ende zu setzen.

## Pressestimmen

Die Völker Europas blicken mit Vertrauen auf die Deutsche Demokratische Republik

Die Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung... Wenn Adenauer und Schumacher diskreter geworden sind, dann deshalb, weil sie sich darüber Rechenschaft abgelegt haben, daß der Plan, die Westdeutschen zu Landsknechten der westlichen Koalition zu verwandeln, auf den Widerstand der deutschen Arbeiter stößt. In Deutschland sind wie überall die Erinnerungen an die Leiden des Krieges noch lebendig, als daß es möglich wäre, die Zustimmung der Volksmassen zu einer Politik zu erlangen, die zu neuen Massakern führt. Man versteht, daß unter diesen Umständen die Völker Europas mit Vertrauen auf die Deutsche Demokratische Republik blicken. Ihre Entwicklung stellt sich wirksam der verbrochenen Tätigkeit der revanchelistischen Clique von Bonn in den Weg. Sie stellt für das deutsche Volk ein Beispiel und ein Muster dar, einen Anziehungspunkt,

um den sich früher oder später die Einheit des demokratischen Deutschland entwickeln wird. Man darf die historische Rolle dieses neuen Deutschland, in dem die Wurzeln des Faschismus und des Imperialismus ausgerottet wurden, nicht unterschätzen.

Pierre Couratier in der „Humanité“, Paris

### Abbau der Kriegswirtschaft, Aufbau der Friedenswirtschaft

Die 4000 Mann starke Belegschaft der Schiffsreparaturwerkstatt Wismar (Mecklenburg) spricht den Angeklagten im Demontagereproß ihre Sympathie und Solidarität aus und protestiert gegen den angestregten Prozeß. Die Angeklagten, so heißt es in einer Entschliessung, haben sich für den wirtschaftlichen Existenzkampf ihrer deutschen Heimat eingesetzt und haben versucht, die Demontage abzuwehren. Wir fordern Abbau jeder Kriegswirtschaft und aller militärischen Rüstung, wir fordern Abbau der deutschen Friedenswirtschaft.

### Da lacht der „Buttersünder“

Freiburg. Soll da dieser Tage der Inhaber eines Geschäftes für Milchprodukte eine „Gebührenpflichtige Verwarnung“ in Höhe von 3.- DM — Drei D-Mark — erhalten haben, weil er wie eine ganze Reihe seiner Kollegen auf dem schwarzen Markt erstandene Butter weit über den vorgeschriebenen Preis weiterverkauft habe. Seinem Freund zeigte er diese Verwarnung. Mit einem zufriedenen Lächeln wird wohl der „Gestrafte“ seine 3.- DM abliefern — und weiter sündigen! Eine Strafe soll abschreckend wirken — z. B. bei einem Fahrradsünder, der ohne Licht fährt und dafür eine gebührenpflichtige Verwarnung in Höhe von 2.- DM berappen muß, oder einem, der rauchend im Nichtraucher-Abteil erwischt wird und der Bahn dafür 5.- DM bezahlen soll. Aber wirken 3.- DM, getarnt als „Gebührenpflichtige Verwarnung“, als Abschreckungsmittel für Verkäufer von Butter auf dem schwarzen Markt? Wir wollen nicht untersuchen, wieviel Pfund er verkaufen muß, um die „Strafe“ zu zahlen, die eine wohlhabliche Behörde gegen ihn wegen Verstoßes gegen die Preisvorschriften verhängt. Aber das steht fest, daß eine solche Strafe in den Augen derjenigen, denen man die Butter zu annehmbaren Preisen zur Mangelware macht, um die der Bewirtschaftung entzogene Butter dann auf dem schwarzen Markt an die geldkräftigen Kreise zu verkaufen, lächerlich erscheinen muß. Abgesehen davon, daß das Vertrauen in die Behörden, die mit allen Mitteln die Ausbeutung der großen Masse oerhinden sollen, vollständig erschüttert wird. Dazu soll es Tatsache sein, daß es auch Leute gibt, denen trotz desselben Vergehens auch die „Gebührenpflichtige Verwarnung“ erspart bleibt, weil... sie auch weiterhin als fleckenlos dastehen sollen. —pp—

### Peter Gschwind zum Gedächtnis

Achern. An der Schwelle des alten Jahres hat ein alter Kämpfer der Arbeiterbewegung die Augen für immer geschlossen. Unser Peter Gschwind ist von uns gegangen.

Peter Gschwind war vor 1933 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Achern und sozialdemokratischer Gemeinderat. Obwohl von Natur ein zurückhaltender bescheidener Mensch, kämpfte er mit unermüdlicher Zähigkeit für die Belange der Arbeiterschaft. Wohl kaum einer glaubte mit einer solchen Inbrunst an den Sozialismus, wie er.

Im Jahre 1944 wurde er nach dem Attentat auf Hitler verhaftet und nach Dachau gebracht. Als schwerkranker Mensch kehrte er aus dem Konzentrationslager zurück. Seine schwächliche Konstitution war den furchtbaren Strapazen nicht gewachsen. Trotzdem er krank und hilflos war, beteiligte er sich am Wiederaufbau der Gewerkschaften.

Seine wirtschaftlichen Verhältnisse waren denkbar schlecht. Deshalb wartete er mit Sehnsucht auf die Wiedergutmachung. Wie so viele andere, hat auch er diese nicht mehr erlebt. Auch er mußte, wie so viele andere, die Feststellung machen, daß der sogenannte „demokratische“ Staat diese Ehrenpflicht den Opfern des Nazismus gegenüber, immer wieder verschleppte, während die Nazis hohe Wartestandsgehälter beziehen.

Im Namen der Gewerkschaften legte Kollege Huber dem alten Gewerkschaftler einen Kranz nieder, während Kamerad Keim im Namen der Naziofer den letzten Gruß entbot. Unser Kollege Gschwind ist nicht mehr! Wir aber werden in seinem Geiste weiter kämpfen und wirken.

### Weihnachtsfeier des Volkschors Achern

Achern. Am 31. Dezember hielt der Volkschor Einigkeit im Adler in Oberachern seine bereits zur Tradition gewordene Weihnachtsfeier ab.

Der Besuch dieser Veranstaltung muß als außerordentlich gut bezeichnet werden, der Adressaal war überfüllt. Ein Beweis, daß sich der ehemalige Arbeitergesangverein seinen alten Ruf erneut wieder erobert hat.

Ein künstlerisches Programm befriedigte auch den verwöhntesten Besucher und gab Zeugnis von dem Idealismus der aktiven Sängerinnen und Sänger. Daß der Dirigent Ludwig Lubitz seine Sängerschaft in der Hand hat, wurde durch die „Vesper“ bewiesen.

Stürmisch gefeiert wurde auch der Tenor Josef Rotteli (Seebach), der sich mit seinen italienischen Tenorsolis in die Herzen der Zuhörer sang.

Der Schwank „Man muß schlaun sein“ wurde viel belacht. Die Spieler gaben hierbei ihr Bestes.

Einen tiefen Eindruck hinterließ auf alle Zuhörer der Freiheitssong „Ich warte Dein“. Dieses alte Freiheitlied wurde mit aller Kraft vorgetragen und legte Zeugnis ab von dem Freiheitswillen und die Sehnsucht nach einer besseren Gesellschaftsordnung.

Eine reichhaltige Tombola mit schönen Preisen trug zur Stärkung der Vereinskasse bei.

Zum Abschluß kam bei den Klängen einer ausgezeichneten Tanzkapelle die Jugend zu

### Der Herr Regierungsrat ...

Bei einem Großhändler in Kassel wurde ein Regierungsrat des Finanzamtes angemeldet. Allein das Wort Finanzamt war schon Ursache zu größerem Entgegenkommen. Wenn man ehrlich sein will, so ein ganz reines Gewissen, in punkto Steuern und Finanzsachen ist selten zu finden. Warum sollte es dem Kasseler Großhändler anders ergehen? Ein serfös wirkender Herr hat den Inhaber der Firma, die im Lagerraum des Finanzamtes lagernden Buttermengen, die von einer Beschuldigung herührten, für den weiteren Verkauf abholen zu lassen. So am Rande erwähnte er, daß zur besseren Verrechnung und Buchung eine sofortige Zahlung erwünscht sei. Ein Zeitpunkt wurde vereinbart und man trennte sich in gutem Einvernehmen.

Am nachfolgenden Tag kam der Lieferwagen der Firma vorgefahren und der Fahrer erkundigte sich bei dem Pförtner nach Regierungsrat Köster. Er wurde in einen Vorraum verwiesen, wo er sich einen Augenblick gedulden sollte. Man muß anerkennen, Herr Regierungsrat war in der Behandlung seiner Kundschaft zu loben, denn die Wartezeit war von geringer Dauer.

„Ach so, Sie wollen die Butter holen; na, machen wir gleich fertig“, so war die joviale Begrüßung. Er bemüht sich sogar persönlich, um im Lager die notwendige Anweisung zu geben. Um dem Käufer die Abwicklung beschleunigen zu helfen, nahm er das Geld ebenfalls gleich an sich. Wirklich ein famoser Beamter, so dachte bestimmt der Fahrer.

Es verging doch eine längere Zeitspanne, so daß allmählich die Geduld des Wartenden riß. Eine Stunde ging vorbei. Regierungsrat Köster kam nicht zurück. Bei der Suche nach dem Gewaltigen des Finanzamtes platze die Bombe. „Wie bitte, Regierungsrat Köster? Nein, gibt es hier nicht“, war die Auskunft, die dem Suchenden erteilt wurde.

Die Nachforschungen ergaben, daß weder im Lager Butter bereit lag noch ein ähnlicher Sachverhalt im „Finanzhochhaus“ bekannt war. Der Geschäftsmann war auf gut deutsch richtig angeschmiert worden, genauer gesagt, mit Butter eingerieben. Der saubere Herr Regierungsrat hatte inzwischen durch die Hintertür das Weite gesucht.

## Die drohende Trockenlegung des Oberrheins

### Folgen der ersten Rheinregulierung — Das französische Rhein-Seitenkanal-Projekt

Freiburg. Landtagspräsident Person begrüßte am Dienstagabend im Hotel „Victoria“ die Mitglieder des fünfköpfigen Bundestagsausschusses für Grenzlandfragen, sowie Vertreter der Staatsregierung und der Presse bei einem Empfang, der den mit dem Rhein-Seitenkanal verbundenen Fragen gewidmet war. Nachdem Minister Kirchgässner bereits kurz über einige wichtige Momente dieses Problemkomplexes gesprochen hatte, führte Oberbaudirektor Schneider, ein Vertreter der Landesforstverwaltung, sowie Bundestagsabgeordneter Kopf (CDU) über die Bedeutung dieses französischen Kanals sinngemäß folgendes aus:

**Der Versailler Vertrag legte fest** daß Frankreich auf dem ganzen Laufe des Rheins, innerhalb seiner Grenzen, das Recht hat, Wasser aus dem Rhein zu entnehmen, zur Speisung gebauter oder noch zu bauender Kanäle, sowie das ausschließliche Recht auf die durch eine solche Regulierung des Rheins zu gewinnende Wasserkraft. Allerdings mit der Maßgabe, die Hälfte des Wertes der tatsächlich gewonnenen Kraft an Deutschland in Geld oder Kraft (also Elektrizität) zu vergüten. Damit wurde die Grundlage für den bereits seit langem geplanten Bau eines Kanals geschaffen, der seinen Ausgangspunkt bei Kembs (gegenüber dem badischen Ort Efringen) nimmt und bis nach Straßburg auf der elsässischen Rheiseite verläuft. Dieser Kanal soll in acht Baustufen erstellt werden, von denen die erste etwa 1952 einschließlich des Kraftwerks Ottmarsheim fertiggestellt sein wird, die zweite bis zum Kraftwerk Fessenheim (gegenüber von Grifheim/Heitersheim) noch in diesem Jahre begonnen werden soll. Für jede Baustufe wird mit etwa 4 bis

5 Baujahren gerechnet. Nach Fertigstellung jeder Baustufe wird das Wasser des Rheins in den entsprechenden Kanalabschnitt geleitet und damit das alte Rheinbett fast völlig trocken gelegt, falls nicht ein Abkommen über eine Mindestwassermenge, die im alten Bett verbleiben soll, getroffen werden kann.

#### Die ungeheuren Folgen

Bereits mit der ersten Regulierung des Rheins in den Jahren 1840 bis 1870 durch Tulla, der durch die Errichtung eines breiten Rheinbettes die bisherige Hochwasserbedrohung für die zahlreichen Ortschaften des oberen Rheintales aus der Welt schaffte, war eine anschließende Grundwassersenkung der Rheinebenen zwischen Rheinweiler und Breisach verbunden. So fiel der Niedrigwasserspiegel bei Rheinweiler seit 1880 bis heute um etwa 6 m, ebenso der Pegel bei Neuenburg seit 1870 und auch der Breisacher Pegelstand fiel in dieser Zeit um etwa 2 m. Während aber die Grundwassersenkung zwischen Rheinweiler und Hartheim sich in kaum vorstellbarem Maße vollzog, war zwischen Breisach und Straßburg die negative Auswirkung der Regulierung relativ gering. Im eigentlichen oberrheinischen Gebiet aber traten die Folgeerscheinungen der Grundwassersenkung immer mehr zutage. Gebiete, die vorher unter dem Hochwasser schwer zu leiden hatten, litten unter der Tatsache, daß sowohl der Wald, aber auch Wiesen, keine regelmäßige Wasserspeisung durch das Grundwasser mehr erhielten, so daß die Trockenheit den vorher herrlichen Waldbestand immer mehr verschwinden ließ und heute Gebiete existieren, in denen nur noch eine einzige Grünflächenernte möglich ist. Ganze Wälder verschwanden, nur noch ein ganz geringer Bestand an Pappeln, Weiden und Sandgestrüpp blieb im Rheintal bis Breisach übrig. Nun droht durch die geplante Trockenlegung des alten Rheinbettes eine weitere, sofortige Senkung um etwa 2 m, und damit eine Ausdehnung der ihr folgenden Auswirkungen weit über Breisach, bis nach Straßburg hinweg, wenn erst der gesamte Kanal fertiggestellt ist.

#### Bisher keine Verständigungsbasis

Bereits 1922 war von der Zentralkommission des Rheingebiets der Bau dieses elsässischen Kanals auf der Grundlage des Versailler Friedensvertrages genehmigt worden. Rechtsanwalt Dr. Kopf ging in seinem Referat

zunächst auf die Auswirkungen ein, die das Projekt hat. Er betonte dabei besonders den ungeheuren Verlust, den die Trockenlegung des alten Rheinbettes für die heimatische Landschaft des Rheintales haben muß, die Tatsache, daß eines der schönsten deutschen Täler seines eigentlichen Anziehungspunktes beraubt sein wird. Verbunden mit den bereits erwähnten Folgen der Grundwassersenkung ist auch der schon seit Jahrzehnten begonnene Rückgang des Fischfangs, der dann ein völliges Ende haben wird. Dazu kommt, daß die Baseler Abwässer, die bisher vom Rhein verarbeitet wurden, sich in dem alten Bett ansammeln werden und für die Bevölkerung des oberen Rheintales im Baseler Gebiet noch unabsehbare Folgen hygienischer und gesundheitlicher Natur haben können. Die Verhandlungen über eine Mindestwassermenge im jetzigen Rheinbett haben, da hierfür keine rechtliche Grundlage im Versailler Friedensvertrag vorgesehen sei, bisher noch kein Ergebnis erzielt. Selbst die Ansprüche der Elsässer, die von den Folgen nicht viel weniger betroffen werden, konnten mit der den Bau vorantreibenden Elektrizitätsgesellschaft kein Abkommen erreichen. Damit fielen die Möglichkeit aus, Bewässerungsanlagen für die betroffenen Landstriche zu erbauen, die aus der Mindestwassermenge gespeist werden können. Auch die Gewährung von einer Entschädigung für die durch die Trockenlegung verursachten Schäden steht im Zweifel, da selbst sechs Jahre lang Verhandlungen scheiterten und Frankreich bisher nur Versehen, Schäden, die durch technische Mängel des Kanals selbst entstehen, zu ersetzen. Selbst die im Versailler Vertrag zugesicherte Rückvergütung der Hälfte der durch die Kraftwerke auf französischer Seite gewonnenen Kraftmenge ist durch die Ereignisse des letzten Jahrzehnts in Frage gestellt.

Mit diesem Kanalprojekt sind also Fragen verbunden, die weit über den engen Rahmen des oberen Rheintales selbst hinausgehen, Fragen, die aus wirtschaftlichen Gewinninteressen gewisser Kreise heraus resultieren und die Problematik des deutsch-französischen Verhältnisses mit all seinen ersten Schwierigkeiten erneut in das Licht der breiten Öffentlichkeit stellen. Es wird sich zeigen, wie weit die aufgezeigten Probleme im Interesse besonders der Bevölkerung beiderseits des Oberrheins in Zukunft gelöst werden können.

### Aus dem Parteilieben

Kreis Wollach: Sonntag, 8. 1. 50, Kreiskonferenz in Zell-Harmersbach, Gasthaus „Zum Bären“, 8,30 Uhr.

Konstanz. Sondermitgliederversammlung, Samstag, 7. 1. 50 Referent: Erwin Eckert.

Meersburg. Sondermitgliederversammlung des Kreises Überlingen, Sonntag, 8. 1. 50, 15 Uhr im Gasthaus „Zum Anker“, Referent: Erwin Eckert.

Lörrach: Kreiskonferenz, Samstag, 7. 1. 50, 14 Uhr, im Kreisbüro der KP Lörrach.

Singen. Probe für die LLL-Feier am Freitag, dem 6. Januar, im Restaurant Gartenstadt.

Rielasingen. Am Samstag, dem 7. 1., Mitgliederversammlung um 20 Uhr im Restaurant Rosengart. Referent: Gen. Wohlrath.

Kreis Singen. Am Sonntag, dem 8. 1., früh 8,30 Uhr Kreismitgliederversammlung. Es spricht Gen. Eckert. Thema: Politischer Rückblick und Ausblick und unsere Aufgaben im beginnenden Jahr. Lokal: Gasthof Burghof.

Rheinfelden. Die Volkszeitung „Unser Tag“ seit dem 1. Januar nun täglich erscheint, kostet mit Trägergebühr im Monat nur 2,50 DM. Jetzt werden bestimmt wieder viele Leser die Zeitung „Unser Tag“ bestellen, zumal jetzt auch durch genügend Platz, die Lokalberichte regelmäßig erfolgen werden. „Unser Tag“ sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen, denn sie ist die Zeitung, die für die Interessen der arbeitenden Masse rückhaltlos eintritt. Sie ist das Kampfglied, der Schaffenden in Stadt und Land. Bestellungen nimmt der Träger gerne entgegen.

#### Achtet auf Mutwillige!

Die Freiburger Bevölkerung empfindet es dankbar, daß die Straßenbeleuchtung in großem Umfang wieder eingeführt ist. Noch ist es nicht möglich, jeden Wunsch zu erfüllen, um so wichtiger aber ist es, daß alle Bewohner darauf achten, daß die vorhandenen Beleuchtungsanlagen nicht durch Mutwillige zerstört werden. In der letzten Zeit werden häufiger Gaslaternen beschädigt. Es mehren sich die Fälle, daß brennende Laternen ausgelöscht und die Glühstrümpfe beschädigt werden. Dem Gaswerk entsteht dadurch großer Schaden. Die Bevölkerung wird gebeten, auf solche Übeltäter zu achten und sie der Polizei oder dem Gaswerk namhaft zu machen.

## SOS-Rufe aus Nordrach

Wir erhielten eine Zuschrift von einem in Nordrach wohnhaften Flüchtling, worin sich derselbe über die menschenwürdige Behandlung und Unterbringung seiner Familie beklagt.

Nach dem Propagandageschrei zu urteilen, das einige Zeitungen veranlassen haben, wegen der angeblich Herrn Wohleb und der Staatskanzlei zugegangenen unzähligen Dankeschreiben von Flüchtlingen, die damit ihre unaussprechliche Dankbarkeit für die wunderbare Fürsorge bekunden wollten, müßte man eigentlich annehmen, daß eine derartige Unterbringung und Behandlung, wie es hier der Fall ist, der Vergangenheit angehören sollte. Aber leider ist dies nicht so. Hören wir, was uns dieser Flüchtling mitteilt:

„Er wohnte seit dem Umsturz in Kehl und ist jetzt nach Nordrach verzoogen. In der Zwischenzeit hat er sich verheiratet. Auf seine Bitte wurde ihm vom Bürgermeister in Nordrach eine „Wohnung“ zugewiesen. Vielleicht würde es manchen unter unseren Lesern interessieren, wie solch eine Wohnung aussieht. Zuerst wäre zu sagen, daß diese Wohnung mehr als banal ist, denn fehlt auch noch der Fußboden, elektrisches Licht wird als unnötiger Luxus für einen Flüchtling empfunden und daß man nach dem Heizen Erststüchungsanfällen ausgesetzt ist, muß eben als „selbstverständlich“ in Kauf genommen werden.“

Wäre es nicht menschlicher, wenn man mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das Elend und die Not der Flüchtlinge lindern

würde, statt sie als gutes Propagandaobjekt auszubeten. Ganz bewußt und systematisch geht man am Elend der Flüchtlinge vorbei, weil sie dadurch gezwungen werden sollen, sich bereit zu erklären, als Landsknechte des internationalen Monopolkapitals in einem neuen Krieg zusammen mit der Armee der Arbeitslosen das Kanonenfutter zu spielen.

Dieser Flüchtling ist ein typisches Beispiel dafür, daß die Notlage der Flüchtlinge noch in keiner Weise gebessert worden ist. Es ist ihnen nicht damit gedient, als Blutopfer einer kapitalistischen Clique zu sterben, sondern sie wollen ein menschenwürdiges Dasein führen. Obwohl er bereits mehrere Eingaben an den Staatspräsidenten richtete, ist keine Verbesserung seiner Lage eingetreten, sodaß es der Flüchtling für notwendig hält, die Öffentlichkeit von seinem Schicksal zu unterrichten, weil er sich nur noch auf diesem Wege eine Änderung dieses unwürdigen Zustandes erhofft.

## Von den städtischen Bühnen Freiburgs

Die städt. Bühnen machen darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, 5. Januar, die letzte Möglichkeit zur Anmeldung von Abonnements innerhalb der „Kleinen Platzmiete“ besteht. Die Mietkasse (Großes Haus, Haupteingang links, 1 Treppe) ist werktags in der Zeit von 10-13 und 16-18 Uhr geöffnet.

#### Die städt. Bühnen in der ersten Januar-Woche

Am Donnerstag, 5. Januar, wird Mozarts „Entführung aus dem Serail“ in einer neuen Inszenierung von Hans Heinrich Hagen a. G. in den Spielplan des Großen Hauses aufgenommen. Unter der musikalischen Leitung von Horst Schneider singen: Susanne Hagen-Hellmann a. G., Rosemarie Lenz, Helmut Meinkot, Josef Rees, Hermann Rieth. Den Bassa Sellm spricht Eugen Winterschladen. Diese Premiers findet im Anrecht der Donnerstag-Miete A (zugleich 1. Vorstellung der „Kleinen Platzmiete“) statt.

Im Anrecht der Freitag-Miete A wird am 6. Januar das szenische Oratorium „Johanna auf dem Scheiterhaufen“ von Claudel-Honegger gegeben. Der Samstag bringt die erste Wiederholung von Mozarts „Entführung“ (Samstag-Miete A).

Im Kammerspielhaus geht am Donnerstag, 5. Januar, das erfolgreiche Lustspiel „Zu treuen Händen“ in Szene und am Freitag, 6. Januar, gibt Alexander von Swaine ein einmaliges Tanzgastspiel.

Die Samstag-Mieter der Gruppe B werden darauf hingewiesen, daß die im Dezember ausgefallene Mietvorstellung am Samstag, 7. Januar nachgeholt wird. Zur Aufführung gelangt der Schwank „Hurra — ein Junge!“

Voranzeige Am Sonntag, 8. Januar, findet im Kammerspielhaus ein einmal. Gastspiel der „Bühne“.

Köln mit einer Aufführung von Paul Claudels Schauspiel „Der Tausch“ statt. Der Kartenvorverkauf beginnt am Donnerstag, 5. Januar.

#### Radsportverein Freiburg

Am Freitag, den 6. Januar, fällt die Versammlung aus. Dafür findet am Samstag, den 14. Januar, 20 Uhr, im „Großen Meyerhof“ die Generalversammlung statt, wozu wir die Mitglieder heute schon einladen.

#### Ferkelmarkt-Notiz

Freiburg. Es waren aufgetrieben: 135 Ferkel, davon 3 Läufer. Preise: Klasse 1: DM 30.—40.—, Klasse 2: DM 41.—55.—, Klasse 3: DM 56.—70.—. Der Marktverlauf war ruhig, etwa 50 Proz. konnten nicht verkauft werden.

#### Jugendherberge beschlagnahmt

Das Hauptquartier der amerikanischen Armee in Heidelberg hat dem Jugendausschuß in Mannheim schriftlich zu verstehen gegeben, daß bis spätestens 10. Januar 1950 die Jugendherberge in der Medikusstraße 1 geräumt und zur Verfügung der amerikanischen Besatzungsmacht gestellt werden muß. Oberst P. Lloyd „bedauert“ die Notwendigkeit der Beschlagnahme, ohne auf der anderen Seite der Organisation die vielbesprochene „Unterstützung“ gewähren zu können. Die bedauerliche Maßnahme sei notwendig, da der Besatzungsmacht angebelangt immer noch zu wenig Quartiere zur Verfügung ständen. Durch die Beschlagnahme müssen ca. 15.000 Übernachtungen im Jahr abgesprochen werden, die ein bedeutender Schnitt in die keineswegs rosige Wirtschaftslage des Mannheimer Jugendherbergsverbandes bedeuten. Es ist verständlich, daß diese Handlungsweise auf sehr wenig Verständnis bei der Mannheimer Bevölkerung stößt. Nach bisherigen Verlautbarungen sollen in dem Gebäude Amerikanerinnen untergebracht werden.

#### Brutaler Gewaltakt eines Besatzungssoldaten

Blutend und mit erheblichen Gesichtsschwellungen erschien auf der Polizeiwache in Rheinau ein Mann, der sich in einer Schwertzinger Wirtschaft in freundschaftlicher Weise mit zwei weißen amerikanischen Soldaten unterhalten hatte und von diesen in ihrem Wagen mitgenommen wurde. Auf

#### Leset und abonniert

### „Unser Tag“

der Nachhausefahrt wurde er plötzlich ohne jeden Grund von dem neben ihm sitzenden Soldaten angefallen, geschlagen und am Halse gewürgt. Glücklicherweise hielt der am Steuer sitzende Soldat das Fahrzeug an so daß der Uebertallene nach heftiger Gegenwehr die Tür des Wagens aufstoßen und flüchten konnte.

Im Mannheimer Verkehrsgewerbe steigt die Entrüstung über die 50prozentige Treibstoff-Preiserhöhung. Die kleinen Fuhrunternehmer befürchten ihren Ruin. Besonders bedroht ist die Lage der Taxichauffeure.

Ein Taxichauffeur aus Mannheim vermittelte uns ein bedrückendes Bild von den Sorgen im Kraftdroschkengewerbe. „Wenn die unsoziale Belastung so weiter geht, kann ich meinen Wagen in absehbarer Zeit verkaufen, da er mir bei der überbeurteilten Lebenshaltung meinen Broterwerb nicht mehr garantiert.“

Augenblicklich ist der Kundendienst ausgesprochen schlecht. Die Bevölkerungsschichten, die in der Lage wären, eine Taxe zu bezahlen, haben sich aus Rentabilitätsgründen inzwischen zum großen Teil eigene Wagen zugelegt. Der kleine Mann benötigt eine Taxe nur in den seltensten Fällen wie zum Beispiel bei dringenden Krankentransporten. Eine Lockerung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch Fahrpreiserhöhung kann nicht durchgeführt werden, da ansonsten das Publikum kaum noch eine Taxe benutzen würde. Obwohl der Fahrpreistarif derselbe geblieben ist, wie etwa vor dem Kriege, hat sich der Benzinpreis von 35 Pfennig auf 60 Pfennig pro Liter erhöht. Dazu äußerte der Chauffeur wörtlich: „Eine Regierung, die solche unsozialen Erhöhungen nicht verhindern kann, paßt uns nicht. Wir wollen nicht den Abbau unserer synthetischen Treibstoffproduktion mit unserem eigenen Abbau bezahlen.“

Auch bei den Garagenmieten ist eine 20-prozentige Steigerung zu verzeichnen. Die Abgaben an die Autozentrale für Taxameter sind um 100 Prozent gestiegen. Bei Reparaturen wird eine Steigerung der Kosten von über 100 Prozent verzeichnet. Da die Taxifahrer früher mit keinerlei Wagensteuern belastet waren, fallen die heutigen monatlichen Steuern von 40,50 DM besonders ins Gewicht. Die Kraftdroschkenbesitzer verlangen eine entscheidende Stellungnahme durch den Berufsverband.

Auch das Speditionsgewerbe wird von der Treibstoffpreiserhöhung stark betroffen, wie uns der Inhaber eines Speditionsgeschäftes erklärte. Er befürchtet: „Dadurch, daß die Treibstoffpreise in die Höhe gingen, auf der anderen Seite aber eine wesentliche Veränderung der Tarifsätze nicht stattgefunden hat, befindet sich augenblicklich unser Gewerbe in einer scharfen Zange.“

Deutlich veranschaulicht sei dies durch den monatlichen Kraftstoffverbrauch für drei Lastzüge, der mit 12.000 DM berechnet wird. Die kommenden zusätzlichen 6000 DM fressen jeden Gewinn auf. Dazu kommt die Erhöhung der Reparaturkosten, Ersatzteile, Steuern und

#### Taxifahrer werden brotlos

der Wagenversicherung. Im Konkurrenzkampf mit der Bundesbahn hat sich die Lage im Speditionsgewerbe jetzt zweifach verschlechtert: „Wenn diese unsoziale Treibstoffpreiserhöhung nicht eine sofortige Aenderung erfährt; werden wir gezwungen sein, auch in Mannheim deutlicher zu werden“, schloß der Spediteur seine Bemerkungen.

#### Berichte aus Rheinfelden

Rheinfelden. Immer größer wird die Zahl der Zuhörer in den öffentlichen Stadtratssitzungen. Die letzte Stadtratssitzung war erfreulicherweise so stark besucht, daß kaum mehr Platz gefunden werden konnte. Es ist sehr erfreulich, daß der Wähler an dem Geschehen der Stadt so großen Anteil nimmt. Die Stadtverwaltung sollte deshalb eine öffentliche Stadtratssitzung in einem größeren Saale in Rheinfelden ansetzen, wenn der Besuch weiterhin so anhält.

Rheinfelden. Der rührige Radsportverein Rheinfelden wird am 7. Januar im großen Saal des Oberrheinischen Hofes seine Weihnachtsfeier mit Tombola und Tanz abhalten. Bestimmt wird es unseren Radsportlern gelingen, einen Abend zu starten, der allen Besuchern in Erinnerung bleiben dürfte, denn sie sind nicht nur Meister der Pedale, sondern verstehen auch Feste zu feiern. Die Veranstaltung wird bestimmt einen guten Besuch aufzuweisen haben.

Rheinfelden. Obwohl viele Familien keinen Hausrat mehr besitzen, ist die Aluminium G.m.b.H. Rheinfelden, infolge Absatzschwierigkeiten gezwungen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Immer noch wird Rohaluminium aus Kanada billiger eingeführt und unsere Arbeiterfamilien geraten durch diesen Import in Not und Elend, was sich auch auf die Geschäftswelt schädigend auswirken wird.

Rheinfelden. In letzter Zeit kommen immer wieder Rheinfelder Bürger aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurück. Sie sind gut genährt und berichten auch, daß sich ihre Lage in den letzten Jahren immer gebessert hätte. Sie berichten vom großen Aufbau in der Sowjet-Union, der mit größtem Tempo vorangeht. Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gibt es dort nicht.

Bühlertal. Nach längerem Kriegesleiden verstarb im Alter von erst 39 Jahren Heinrich Karcher. Er hinterläßt eine Frau und 2 Kinder. Die Bevölkerung des Ortes wendet den Hinterbliebenen ihre allgemeine Teilnahme zu.

# Arbeiter bauen ihr Stahlwerk auf

## Was unser Sonderberichterstatter in dem größten Walzwerk der Deutschen Demokratischen Republik sah und erlebte

Berlin. Von weit her sehen wir bereits die rauchenden Schloten des Stahl-Walzwerks Henningsdorf. Es ist diesmal Ziel unserer Reise, denn es gilt, dem volkseigenen Betrieb, der gegenwärtig im Leistungswettbewerb der Stahlwerke der Deutschen Demokratischen Republik steht, einen Besuch abzustatten.

Am Eingang zu dem mächtigen Werk führen überlebensgroße Bilder der Arbeiterführer Pieck und Grotewohl den Besucher. Darstellungen und Aufzeichnungen über die Leistungen des Betriebes im Wettbewerb geben der Belegschaft und Öffentlichkeit von dem hohen Stand der Leistungen der Henningsdorfer Werkstätten Kenntnis. Aufrufe und Transparente stellen die Friedenslosungen des neuen friedliebenden Deutschlands hervor, und bringen zum Ausdruck, daß auch die Produktion des Stahl-Walzwerkes der Sicherung des Weltfriedens dient.

### Werkstätige leisten übermenschliches

Die Stahl-Walzwerke in Henningsdorf gehörten einst dem Flick-Konzern. Flick, einer der einflußreichsten deutschen Monopolisten und Hitler-Wehrwirtschaftsführer, der heute in Westdeutschland sein ungestörtes Leben weiterführen kann, überließ 1945 beim Zusammenbruch des Dritten Reiches das Werk seinem Schicksal. Entsprechend den Abkommen von Jalta und Potsdam fiel Henningsdorf unter den Teil der deutschen Industrie der auf Grund seiner kriegswirtschaftlichen Bedeutung demontiert werden mußte. 1947, im Frühjahr, war die Demontage der einstigen Kriegsproduktionswerkstätte beendet.

Nichts als die leeren Mauern standen noch, als auf Grund eines Befehls des sowjetischen Marschalls Sokolowski die Frei- und Übergabe des Betriebes an das deutsche Volk erfolgte. Arbeiter und Angestellte, meist ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten, gingen als erste in den Betrieb zurück. Mit leeren Händen gingen sie an. Werkzeuge aller Art — selbst Hammer, Zange und Säge — fehlten. Aus ihrem Heim brachten die Arbeiter die mangelnden Werkzeuge mit. Mit primitivsten Mitteln — die Sägeblätter waren vielfach ausgebrochen und fast wertlos — gingen an die Arbeit. Und während die Pessimisten lachten und die Feinde des Volkes frohlockten, überwältigten die Werkstätigen von Henningsdorf in unermüdlicher, oft ihre schwachen Kräfte überschreitender Arbeit alle Hindernisse zum Trotz.

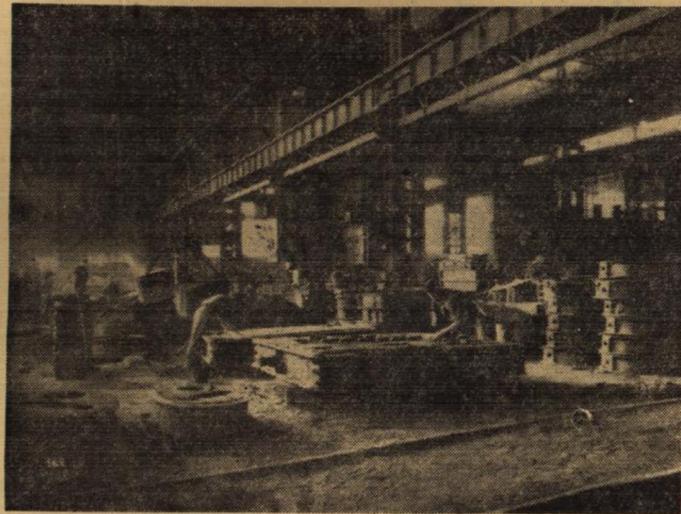
erstellten, sind zu Freunden des Betriebes geworden. „Es ist unser Betrieb, und keine Macht der Erde, wird ihn uns noch einmal entreißen können!“, das sagte uns ein bereits im Betrieb ergrauter Arbeiter leuchtenden Augens. Von 1900 bis 1946 ist er Mitglied der SPD gewesen. Seit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gehört er der SED an, und er schüttelt den Kopf und kann es nicht fassen, daß in Westdeutschland sozialdemokratische Arbeiter dem großen Aufbauwerk der Werkstätigen in der Republik noch feindlich gegenüberstehen.

Wir reden mit einem „Flüchtling“. Er stammt aus Ostpreußen. Viele seiner Landsleute arbeiten heute in Henningsdorf, denn rund 1000 der Beschäftigten sind Umsiedler, die längst schon keine Fremde mehr, sondern vollberechtigte Einheimische in Henningsdorf und seiner Umgebung geworden sind. Er fragt uns, warum im Westen den Flüchtlingen keine Heimat gegeben werde, und versichert uns, daß er längst erkannt habe, wie groß der Unter-

der Mensch steht im Mittelpunkt der Sorgen der Betriebsleitung der BGL und der gut organisierten SED-Betriebsgruppe. Für den geringen Betrag von 60 Pfg. wird täglich ein volles Mittagessen — zweimal in der Woche mit Fleischzuteilung — zusätzlich einem Liter Milch pro Tag an die Belegschaft ohne Abgabe von Lebensmittelkarten verabreicht.

### Die UdSSR liefert eine Walzstraße

Henningsdorf besitzt sieben Walzstraßen. Eine davon, die modernste, wurde vor wenigen Monaten aus der Sowjetunion dem Stahlwerk zur Verfügung gestellt. So hat die Sozialistische Sowjetunion durch die Tat bewiesen, daß sie den Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands wirkungsvoll unterstützt. An der von der UdSSR gelieferten Walzstraße sieht eine FDJ-Aktivisten-Gruppe. Diese jungen Menschen, die eine muster-gültige Disziplin zeigen und mit jugendlicher Begeisterung der Sache des Volkes dienen, sind der Stolz des Stahlwerks



### Fortgeschreitende Produktionssteigerung

Die Stahl-Walzwerke Henningsdorf sind heute zu einem mächtvollen Bollwerk der volkseigenen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik geworden. Aus dem völlig demontierten Werk ist wieder eine Produktionsstätte geworden, in der 4000 Arbeiter und Angestellte, neben 1000 Fremdarbeitern wirken. Die Leistungsfähigkeit des Werkes steigt ununterbrochen. Mit 9100 Tonnen Monatsproduktion im Dezember 1949 hat Henningsdorf mit seinen fünf Siemens-Martin-Öfen fast die Höchstleistung der 11 500 Tonnen großen Monatsproduktion der Vorkriegszeit erreicht. Mit Zuversicht gehen die Henningsdorfer ins neue Jahr. Sie wissen heute schon, daß 1950 die Produktionskapazität die des früheren Flickschen Unternehmens überflügeln wird.

### Aktivisten im Dienste des Volkes

45 Aktivisten stehen in der vordersten Reihe der Arbeitskolonnen. Es sind Arbeiter aller Jahrgänge. Neben dem erfahrenen, klassenbewußten Sozialisten steht der Jugendliche, stehen die Frauen. Sie alle haben längst erkannt, daß ihre Arbeitskraft nicht mehr im Interesse einer Monopolisten-Clique ausgebeutet wird, sondern dem Friedenswerk des ganzen Volkes dient.

Eine neue Arbeitsmoral ist auch in Henningsdorf eingezogen. Die Arbeiter, die wochenlang ohne einen Pfennig Verdienst zu erhalten, mit übermenschlichen Kräften und aus dem Nichts das neue Werk

schied in der ehrlichen und aufrichtigen Betreuung der Umsiedler in der Republik sei gegenüber dem Flüchtlingsdasein der Hunderttausende in Westdeutschland.

### Leistungslohn statt Akkordarbeit

Henningsdorf kennt keinen Akkord mehr. An seine Stelle ist der Leistungslohn getreten. Keine Agenten der Unternehmer können mehr die Arbeiter bespitzeln und aus Verstecken heraus die Akkord- und Zeitberechnungen vornehmen. Ein fester Arbeitsvertrag ist zwischen der Werksleitung und der Betriebs-Gewerkschafts-Lieferung abgeschlossen. Bei allen Lohnberechnungen werden die Arbeiter zu Rate gezogen. Nichts geschieht ohne ihre Mitwirkung. In gemeinsamen Besprechungen werden die Probleme des Betriebes beraten und gelöst.

Der Ruf des volkseigenen Werkes als vorbildliche Arbeitsstätte ist bis in das 15 Kilometer entfernte liggende West-Berlin gedrungen. 800 Menschen von dort arbeiten trotz aller Hetze in Henningsdorf.

Das Stahl-Walzwerk Henningsdorf hat bisher mustergültiges auf dem Gebiet des Sozialwesens geleistet. Der Durchschnittslohn des Arbeiters beträgt 2,80 DM die Stunde, an den Walzstraßen und Öfen erreichen die Arbeiter nicht selten 3,60 bis 3,80 DM die Stunde. Ein mustergültiger Arbeitsschutz ist eingerichtet, denn

und genießen selbst bei ihren älteren Kollegen volle Anerkennung und großes Vertrauen.

### Die Kultur dem Volke

Wie in allen volkseigenen Betrieben hat auch Henningsdorf sich zur Ehre gemacht, die kulturellen Belange der Belegschaft in jeder Form zu fördern. Ein Kulturhaus ist der geistigen Erholung gewidmet. Eine dort untergeordnete Bibliothek verzeichnet eine ständig wachsende Leserschaft, ein Sportplatz ist Tummelplatz der spielstarken Betriebssportgemeinschaft, und in der Villa eines der nach dem Westen „geföchteten“ ehemaligen Flickschen Direktoren tummeln sich heute frohe und lachende Arbeiterkinder, betreut und gepflegt von freundlichen Kindergärtnerinnen.

Eine besondere Aufgabe hat sich Henningsdorf gestellt: die Schulung und Ausbildung der Lehrlinge und Jugendliche. Doch darüber ein anderes Mal.

Friedel Janacek

### Wunderweizen „Odesskaja 0“

Moskau. (ADN). In der Akademie der Agrarwissenschaften in Moskau begann eine Tagung, auf der die Arbeit der wissenschaftlichen Forschungsinstitute der UdSSR im Jahre 1949 und ihre Pläne für das Jahr 1950 erörtert werden. Neben der Erprobung einer neuen Aufforstungsmethode hat sich das Lysenko-Institut in diesem Jahr mit Kreuzungsversuchen verschiedener Getreidearten beschäftigt und für die Verbreitung der neu gewonnenen Getreidesorten auf den Kollektivwirtschaften Sorge getragen.

Die vom Institut gezüchtete Weizensorte „Odesskaja 3“, die äußerst widerstandsfähig ist und 300 bis 400 kg Mehlertrag pro Hektar als die weltberühmte Sorte „Ukrainka“ bringt, wird heute bereits auf insgesamt zwei Millionen Hektar Bodenfläche in wasserarmen Gebieten der Sowjetunion ausgesät.

### Gesetze statt Hilfe

Frankfurt. Er werde in den nächsten Wochen den Entwurf eines Flüchtlingsrahmengesetzes vorlegen, erklärte Bundesminister Dr. Lukaschek. Das neue Gesetz soll auch Voraussetzungen für die Bildung eines von den Flüchtlingen zu wählenden Flüchtlingsbeirats schaffen.



## Hinein - nach Punkten!

Liebe Tip-Freunde!

Zunächst einmal mit dem Schlachtruf „Alle Zwölfe!“ hinein ins neue Tip-Jahr. Es wartet gleich mit einer neuen Chance für die bisherigen Stiefkinder des Totoglücks auf, zu denen wir uns ja auch rechnen dürfen, nachdem uns der Rutsch auf der Achterbahn auch auf keinen grünen Zweig geführt hat. Nun aber will die liebe Toto-Gesellschaft, die es schon lange tief kränkt, daß von so vielen so wenig oder gar nichts gewonnen wird, auch denen eine Chance geben, die in den ersten beiden Rängen und sogar im „Volksrang“ nicht unterkommen konnten. Aber umsonst kann sie es natürlich auch nicht machen, denn sie verdient ja nur so wenig und mit so viel Mühe und Risiko! Wer also noch 50 Pfennige extra riskieren will, der hat noch eine Chance bei 9 richtigen Tips. Der Einsatz wird dabei wohl herauspringen, und was darüber ist, das ist hier die Frage. Mehr als die Volksrang-Quote wird es nach Adam Riese kaum sein, aber man freut sich doch und ist bei den Toto-Gewinnern — wenigstens nach Punkten. Darum schließen wir unsere Vorrede zum neuen Toto-Jahr indem wir unsere Wünsche an Fortuna in aller Bescheidenheit reduzieren auf: wenigstens alle Neune!

Gehen wir nun zur Tagesordnung über, so macht uns Punkt 1 gleich viel Kopfzerbrechen. Die Stuttgarter Kickers sind wohl nach ihrem hohen Sieg über Waldhof sehr im Kurs gestiegen, aber ihre Stürmer beißen beim FSV Frankfurt auf härteren Beton und ob sie den klein kriegen, ist nicht so betonsicher. Die Ballkünstler in Waldhof erwarten die Bewegungsspieler aus Stuttgart, mit denen sie noch ein Hühnchen zu rupfen haben, denn der VfB brachte ihnen die erste Niederlage in der diesjährigen Meisterschaftsrunde bei. Es ist aber durchaus möglich, daß die Revanche vorbeigelingt, daß die Waldhöfer gepufft werden und auf der Tabellenleiter wieder eine Sprosse tiefer steigen müssen.



Eine sichere Sache für den Platzverein ist das Spiel Bayern München gegen 05 Schweinfurt. Wer hier eine 2 riskiert, kann viel gewinnen, wenn er recht behält. Mit 8:1 wurde Schwaben Augsburg in Ronhof eingeseift und

trotzdem ist es sehr fraglich, ob Fürth beide Punkte aus Augsburg heimbringen wird. In der alten Noris wird es hoch hergehen, denn der süddeutsche Meister macht seine Aufwartung beim Nürnberger Club. Im Vorjahr wurde den Offenbachern in Nürnberg ganz gehörig das Leder versohlt, aber der Club hat in letzter Zeit so oft gezeigt, daß er nicht kann, wo er gerne möchte, daß sich die Offenbacher von ihm nicht mehr so leicht etwas eintrichten lassen werden. Eine Null wäre hier am Platz. In Mühlburg hat man alles Handwerkszeug bereitegelegt und nachgeprüft, denn man will dem deutschen Meister aus Mannheim einen mächtigen Zacken aus seiner Krone brechen. So einfach wird das aber doch nicht sein, wie sich manche voreiligen Papierform-Strategen das vorstellen, denn auch der Meister verfügt über zwei Nothelfer, die an Mühlburgs Erfolgen in letzter Zeit großen Anteil hatten: Kampfkraft und Glück! Es ist noch gar nicht raus, wer am Sonntag in Mühlburg gewinnen wird, und wir enthalten uns der Stimme.



Wenn die Frankfurter Eintracht in bester Besetzung und Spielliaune antritt, wird die Austria in Frankfurt außer einer schönen Summe D-Mark nichts erben. Dem HSV trauen wir einen Sieg in Bremen über Werder zu. Die Rotweissen in Oberhausen haben die meisten Spiele auf eigenem Platz unentschieden gespielt, warum sollten sie gerade bei ihren Farbenbrüdern aus Essen eine Ausnahme machen, wenn auch die Essener eine starke Abneigung gegen unentschiedene Spiele haben.

Nach Süden wendet sich unser Blick, wenn wir die letzten Tips ergründen wollen. Villingen hat zwar auf eigenem Platz erst ein Spiel verloren, aber wenn Tübingen in Schußfahrt angestaut kommt, werden sie nicht aufzuhalten sein. Reutlingen wird beim Lahrer hinkenden Boten etwas abholen wollen. Es kann aber sein, daß die Reutlinger leer wieder heimfahren müssen, weil sie nichts zu bestellen hatten. Auf der Eislinger Steige wird den Männern aus Untertürkheim ein kühler Wind um die Ohren blasen und ihnen den Appetit auf die Punkte nehmen. Bei den Reservesspielen erscheint eine Null bei Nummer 13 in Sachen Ebingen und eine Eins bei Nummer 14 für die Ulmer Spatzen angebracht.

### Eile mit Weile

Die anlässlich des „Preises von Deutschland“ auf dem Grenzlandring von Georg Meier, Wilhelm Herz und Böhm-Fuchs aufgestellten acht Weltrekorde werden voraussichtlich keine Anerkennung finden, da der deutsche Motorradsport noch nicht wieder in den internationalen Verband aufgenommen wurde. Immerhin behalten diese Leistungen als Generalprobe für die Zukunft ihren Wert.

## Quer durch den Sport

### Radrennbahn für Magdeburg

Der Bau einer Radrennbahn in Magdeburg wird auf dem „Kleinen Krakauer Anger“, wo die Aufschüttung für ein Stadion begonnen hat, in Aussicht genommen. Auf Antrag der SED-Fraktion werden sofort auch die Vorbereitungen für den Einbau einer allen Anforderungen entsprechenden Radrennbahn getroffen. Auch schafft Magdeburg schon jetzt die Voraussetzungen für die Durchführung eines obligatorischen Schwimmunterrichts, wie er für die Schulen im nächsten Jahr zu erwarten ist; die hierfür geeigneten Bäder werden dementsprechend hergerichtet.

### Sportsplitter

Der deutsche Skiverband entsendet zum Rennen um den „Westend-Pokal“, einer der größten alpinen Veranstaltungen in Oesterreich am 7./8. Januar, folgende Mannschaft nach Lech am Arlberg: Christe Staufner, Sepp Gantner, Sepp Folger, Rudi Klein, Walter Clausing, Klaus Schweighofer und Toni Rest.

Die Clubleitung von Arsenal erhielt einen Beschwerdebrief, in dem zum Ausdruck kam, daß die Arsenalspieler beim Betreten des Platzes „rauchende Zigarettenkippen“ wegwarfen. Dazu erklärte die Vereinsleitung, daß es sich um Ammoniakpöbeln in Papierhüllen handelt, welche die Spieler zur Auffrischung benötigen.

### Wie ein Europarekord vorbereitet wird

Walter Klinge, der in Solingen-Ohligs einen neuen Europarekord im 100-Meter-Brustschwimmen aufstellte, hat sich sehr fleißig auf diese große Leistung vorbereitet. Durch Waldläufe und Gymnastik hielt er sich in guter körperlicher Verfassung und jeden Morgen stand er um 5 Uhr in der Frühe auf und fuhr von seiner Wohnung in Neandertal zum Training nach Ohligs ins Halenbad. Viele Sportler könnten sich an diesem großen Können ein Beispiel nehmen.

### Keine Spaltung im deutschen Motorsport

Der ADAC wird sich bei der Obersten Motorsport-Kommission (OMK) für eine volle Gleichberechtigung der Motorradfahrer in der Deutschen Demokratischen Republik einsetzen. Der 1. Vorsitzende der Motorrad-Kommission der Deutschen Demokratischen Republik, Obering Prüssing hat in einem Schreiben an den Präsidenten des ADAC seine Genugtuung hierüber ausgedrückt.

### Leipziger Stadion für 100 000

Anfang des kommenden Jahres will man in Leipzig mit dem Bau eines Stadions beginnen, das 100 000 Zuschauern Sichtmöglichkeiten bieten soll. Für dieses Projekt, das mit der Errichtung einer Deutschen Akademie für Leibübungen verbunden werden soll, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zunächst 2,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

## Aus dem Arbeits- und Sozialrecht

Vor dem Landesarbeitsgericht Hessen in Frankfurt am Main wurde vor kurzem ein Arbeitsrechtsstreit ausgetragen, dessen Bedeutung weit über den Rahmen des Landes Hessen hinausgeht. Hierbei ging es um die Frage, ob der Betriebsrat das Recht zur Einsichtnahme in die Lohn- und Gehaltslisten habe. Das Landesarbeitsgericht hat diese Frage bejaht.

Auch die Vorgeschichte dieses Prozesses wird jeden Betriebsrat und jeden Gewerkschaftler interessieren. In diesem Streitfall hatte die Betriebsleitung einer Firma dem Betriebsrat eine Liste von Angestellten vorgelegt, weil ihrer Meinung nach diese Angestellten in eine zu hohe Gehaltsgruppe eingruppiert seien. Die Direktion forderte darum eine Neufestsetzung der Gehälter. Zu ihrem Ansinnen habe die Firma einen Zeitpunkt gewählt, der kurz nach einer Erhöhung der Tarifgehälter lag und sie forderte nicht mehr und nicht weniger als eine Umgruppierung der namentlich Aufgeführten in eine niedrigere Gehaltsstufe.

Der Betriebsrat machte seine Zustimmung zu einer Überprüfung davon abhängig, daß dann alle Angestelltegehälter überprüft würden, denn nur so sei es möglich, zu den vorgeschlagenen Fällen Stellung zu nehmen. Er begründete seinen Standpunkt damit, daß er bei außertariflichen Gehaltsfestsetzungen mitzuwirken habe. Somit ergebe sich auch das Recht zur Einsichtnahme in alle Gehalts- und Lohnlisten. Damit war die Firma aus durchsichtigen Gründen nicht einverstanden.

Das Landesarbeitsgericht stellte fest, daß die Einsichtnahme des Betriebsrates in die Gehaltslisten den Interessen des Betriebes nicht entgegenstehe. Der Betriebsrat sei kein außerhalb des Betriebes stehender Dritter, sondern er unterliege der Schweigepflicht. Auch der Wirtschaftsrat habe in einem Gesetz über die Lohnstatistik festgestellt, daß dem Betriebsrat die fragliche Einsichtnahme gewährt werden müsse. Bei der Verkündung des Gesetzes Nr. 22 des alliierten Kontrollrates, des Betriebsratsgesetzes, habe der Gesetzgeber im Artikel 6, Abs. 3 ausdrücklich bestimmt, daß dem Betriebsrat zur Durchführung seiner Pflichten als

Interessenvertreter des arbeitnehmenden Teils im Betrieb in regelmäßigen Zeitabständen auch die Gehaltslisten vorzulegen sind.

### Datteln und Feigen in jeder Menge

Schokolade und Zuckerwaren ohne Marken nach Herzenslust, soweit es der Geldbeutel erlaubt. Des Lobes voll auf die Segnungen der „freien Marktwirtschaft“, so verkündet uns der Herr Professor Niklas seines Zeichens Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, zum Jahreswechsel durch den Aether die „großen Erfolge“ seines Ministeriums.

„Soweit es der Geldbeutel erlaubt.“ Gut gesagt. Dem Gutsituierteren, dem Geschäftsmacher, erlaubt er zu schlemmen und zu prassen, „nach Herzenslust“. Dem Arbeitslosen, dem Rentner, dem Kurzarbeiter erlaubt er, sich an den strahlenden Scheinfeuern der neuerrichteten Delikatessengeschäfte die Nasen platt zu drücken.

„Vergessen wir nicht ganz, daß wir nur deshalb so gut leben, weil man uns das Geld für die Nahrungsmittelfuhr borgt“, klagt der gut informierte Minister und verspricht den Verbrauchern Abschaffung des Markensystems und eine Milliarde eingeführte Eier, den „leistungsstarken Betrieben“ in der Landwirtschaft ein neues Zollsystem, um sie vor der Konkurrenz vom Weltmarkt her zu schützen. Stolz rühmt er sich, schon 2500 Flüchtlingen eine Siedlerstelle und damit eine „neue Heimat“ verschafft zu haben.

So preist er mit vollem Glas die „Liberalisierung“ an, die den Aktionären gute Gewinne brachte. Dem Volke bleiben die Opfer, „denn noch nie in der Geschichte ist etwas Großes ohne Gefahren und ohne Opfer erreicht worden.“

Hört ihr nicht begeistertem Hacken-Zusammenknallen? Läuft euch nicht bei der Erinnerung an den „nach altem Rezept gebackenen Kuchen“ das Wasser im Munde zusammen? Es geht wieder aufwärts! Mit den Aktienkursen und den Arbeitslosenziffern!

## Bekanntmachung der Stadt Freiburg

### Neuregelung der Anmeldung und der Abführung der Lohnsteuer

In den §§ 41, 44 der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung 1949 ist die Anmeldung und die Abführung der Lohnsteuer neu geregelt worden. Danach ist die Lohnsteuer abzuführen:

- monatlich, wenn die einbehaltene Lohnsteuer im letzten vorangegangenen Kalendervierteljahr monatlich durchschnittlich mehr als 50 DM betragen hat;
- vierteljährlich, wenn die einbehaltene Lohnsteuer im letzten vorangegangenen Kalendervierteljahr monatlich durchschnittlich nicht mehr als 50 DM betragen hat.

Gleichzeitig ist der Termin für die Abgabe der Lohnsteueranmeldung und die Abführung der Lohnsteuer vom 5. auf den 10. Tag nach Ablauf eines jeden Kalendermonats bzw. eines jeden Kalendervierteljahres verlegt worden. Obige Bestimmungen sind erstmals auf die Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer anzuwenden, die im Dezember 1949 bzw. im vierten Kalendervierteljahr 1949 einbehalten worden ist.

Freiburg, den 31. Dezember 1949.

Badisches Ministerium der Finanzen  
Abteilung für Steuern und Zölle

### Zentral-Theater Emmendingen

Freitag bis Montag  
**Fabiola**  
Dienstag bis Donnerstag  
**Alibi**  
Reiseprogramm „Reaktion positiv“  
Ein Film über die Geschlechtskrankheiten

### Dr. J. Vonbun

Arzt  
**Stockach-Baden**  
Telefon 210 - Kaufhausstraße 8  
Sprechstunden:  
täglich von 10-12 Uhr  
und nach Vereinbarung

### Adler-Lichtspiele

Achern-Oberachern  
Nur Montag, Dienstag, Mittwoh.,  
den 9., 10., 11. Jan. 50, jeweils 20 Uhr:  
**Die Frau am Wege**  
Ein Frauenstück  
Dramatisches Geschehen an der Schweizer Grenze - Ein neuer Willi Forst Film mit  
Brigitte Horny - (Jugendverbot bis 16 Jahre)  
Man beachte: Von Freitag bis einschli.  
Sonntag keine Vorstellungen

Ihre Zunft 1950 ausführt. m. großer  
Charakter. Geburtsd. eins. / Ge-  
bühr: 2,20 DM.  
H. Feddersen (Astr.) 24b Schleswig,  
Michaelstr. 55.

**Vollgummi - Fordson - Traktor**  
35 PS zu 2000,- DM, noch im  
Betrieb zu sehen, abzugeben,  
**Karl Toussaint**, Holzhand-  
lung / Sägewerk, Kenzingen  
(Baden), Telefon 1110.